

Foders, Federico

Book Part — Digitized Version

Möglichkeiten der Wiederbelebung der Andenintegration: Ökonomische Bewertung der Pläne der Junta

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Foders, Federico (1990) : Möglichkeiten der Wiederbelebung der Andenintegration: Ökonomische Bewertung der Pläne der Junta, In: Lachmann, Werner (Ed.): Andenpakt und Europäische Gemeinschaft: ein Symposium der Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz und der Universidad de los Andes, Bogotá, ISBN 3-631-41697-0, Lang, Frankfurt am Main, pp. 35-66

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1847>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Möglichkeiten der Wiederbelebung der Andenintegration: Ökonomische Bewertung der Pläne der Junta

FEDERICO FODERS

I. Problemstellung

Die weltwirtschaftlichen Ereignisse der siebziger und achtziger Jahre haben in Lateinamerika eine Reihe von Fehlreaktionen ausgelöst. Die drastische Verschiebung der Rohölpreise nach 1973 bedeutete für die meisten Länder dieser Region eine Verschlechterung ihrer terms of trade; mit dem "Neuen Protektionismus" nahm der Anteil Lateinamerikas am Welthandel rapide ab. Eine angemessene Antwort der bereits unter Anpassungszwang stehenden lateinamerikanischen Länder auf diese Herausforderungen blieb aus. Sie wählten den Weg der Auslandsverschuldung, anstatt sich dem weltweiten Strukturwandel anzuschließen und ihn als Chance für die Sanierung und Neuorientierung ihrer angeschlagenen Wirtschaften zu nutzen.

Als sich Anfang der achtziger Jahre eine Wende auf den internationalen Kapitalmärkten abzeichnete, nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem hohen Haushaltsdefizit in den Vereinigten Staaten, wurde der Anpassungsdruck ungleich stärker. Damit wurde deutlich, daß diese Länder nicht nur den Strukturwandel verpaßt hatten, sondern auch, daß die an sie gewährten Kredite keine spürbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verfassung gebracht hatten. Um Schlimmeres abzuwenden, reagierten viele lateinamerikanische Länder in ihrer prekären Zahlungsbilanzsituation mit der Einführung massiver Handelshemmnisse und trugen so zu einem allgemeinen Desintegrationsprozeß in der Region bei. Die Lateinamerikanische Freihandelszone (ALALC) distanzierte sich daraufhin von ihrem internen Multilateralismus und schaffte - unter dem neuen Namen ALADI - die institutionellen Voraussetzungen für den in Lateinamerika nunmehr aufkommenden Bilateralismus.

Die wahrscheinlich anspruchsvollste Form der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, die bisher initiiert wurde, diejenige im Rahmen des Andenpakts, ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. Sie hat nach der Verschuldungskrise von 1982 ihren Tiefpunkt erreicht. Dies veranlaßte die Organe des Andenpakts (Kommission, Junta) zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Integrationspolitik und zur Ausarbeitung neuer

Vorschläge, mit dem Ziel, nach realistischen Möglichkeiten für eine Reaktivierung der Andenintegration unter veränderten Rahmenbedingungen zu suchen.

Inzwischen hat die Andenpakt-Kommission in ihrer Entscheidung 217 vom 11. Mai 1987 den Mitgliedsländern ein Änderungsprotokoll zum Vertrag von Cartagena zur Zeichnung und anschließender Ratifizierung vorgelegt. Ob und inwieweit die Pläne der Junta zum Integrations- und insbesondere zum Entwicklungsziel beitragen können, soll in diesem Beitrag aus ökonomischer Sicht untersucht werden. Ausgangspunkt der Analyse soll eine erste Bestandsaufnahme der Integrationserfahrungen sein, die bislang im Andenpakt gesammelt wurden.

II. Integrationserfahrungen im Andenraum: Eine Bestandsaufnahme

Die von vielen Entwicklungsländern verfolgte Außenwirtschaftspolitik zielt darauf ab, ihre Zahlungsbilanzposition nachhaltig zu verbessern. Zahlungsbilanzprobleme sind kein notwendiges Übel im Entwicklungsprozeß. Sie entstehen als Folge oder Begleiterscheinung der gewählten Entwicklungsstrategie und/oder der praktizierten Wirtschaftspolitik. Die Staaten Lateinamerikas sind in der Nachkriegszeit der Politikempfehlung der CEPAL gefolgt und haben sich für eine binnenmarktorientierte Entwicklungsstrategie entschieden. Dabei haben sie eine weitgehende Abkoppelung vom Weltmarkt in Kauf genommen, da sie von der Hypothese ausgegangen waren, daß eine Integration in die Weltwirtschaft eher schädlich für ihre wirtschaftliche Entwicklung ist.

Die einseitige Orientierung nach innen stellte sich langfristig als eine ernsthafte Belastung ihrer Wirtschaften heraus und nicht - wie sie erwartet hatten - als Quelle neuen Wohlstands. Dafür waren mehrere Faktoren ausschlaggebend: die Enge der nationalen Märkte, der wachsende Importbedarf bei gleichzeitig abnehmender Exportleistung sowie die Erkenntnis, daß allzu kapitalintensive Industrialisierungspläne am Arbeitsmarkt vorbeigehen, sich als Hemmnis für die Landwirtschaft erweisen und letztendlich einer außenwirtschaftlichen Spezialisierung im Weg stehen (*Donges/Hiemenz* 1986).

Die Nachteile der exzessiven Importsubstitution im industriellen Bereich sind in mehreren Ländern dieser Region frühzeitig erkannt worden. Doch anders als in Südostasien war in Lateinamerika die Bereitschaft zu einer stärkeren Orientierung nach außen sehr gering. Man hat sich damit begnügt, pa-

rallel zu den Anreizen für den Binnenmarkt auch Anreize für den Export einzuführen, mit dem Ergebnis, daß der Protektionsgrad der Wirtschaft insgesamt gesehen nahezu unverändert geblieben ist. Die Exportförderung allein war offenbar nicht in der Lage, den preisverzerrenden Effekt der Importprotektion zu neutralisieren.

Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder strebte überdies danach, durch eine flexiblere Strategie der Importsubstitution auf regionaler Ebene aus der Sackgasse der übertriebenen Importsubstitution auf nationaler Ebene herauszufinden. Der damals noch junge Versuch einer wirtschaftlichen Integration in Westeuropa hatte in Lateinamerika große Hoffnungen geweckt und wurde dort als Vorbedingung für eine regionale Importsubstitution interpretiert. So kam im Jahr 1960 (zwei Jahre nach Inkrafttreten des EWG-Vertrags) der Vertrag von Montevideo zustande, der die rechtliche Grundlage für die Lateinamerikanische Freihandelszone (ALALC) darstellte.

In den ersten Jahren der lateinamerikanischen Integration zeichnete sich indes eine bedenkliche Entwicklung ab: Die verhältnismäßig "großen" Länder, wie Argentinien, Brasilien und Mexiko, die bereits über eine längere Industrialisierungserfahrung verfügten, erzielten häufig Überschüsse im intraregionalen Handel, während die "kleineren" Länder mit einer weniger diversifizierten Produktionsstruktur wiederholt im Defizit waren. Die Unzufriedenheit mit der ungleichen Verteilung der Handelsgewinne innerhalb der ALALC führte schließlich im Jahr 1969 zur Gründung des Andenpaktes, allerdings nicht als selbständige Organisation, sondern als subregionale Gruppe in der Freihandelszone¹.

Im Gegensatz zur ALALC, die als eine Handelspräferenzzone auf der Basis gegenseitiger Meistbegünstigung konzipiert war, setzte sich der Andenpakt eine EG-ähnliche Wirtschaftsgemeinschaft als Ziel.

Der von den Mitgliedsländern gewünschte Grad an wirtschaftlicher Zusammenarbeit soll mit Hilfe der in Artikel 3 des Vertrags von Cartagena vorgesehenen Maßnahmen erreicht werden. Im folgenden werden die bisherigen Integrationserfahrungen im Andenraum am Beispiel einer Auswahl dieser Maßnahmen untersucht:

- die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik,
- die Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls und
- die Schaffung eines regionalen Binnenmarktes.

Freilich müßte eine umfassende Bestandsaufnahme auch andere Aspekte einschließen, wie die sektoralen Industrialisierungsprogramme, die Annäherung der nationalen Gesetzgebung (besonders bezüglich der Behandlung

ausländischer Direktinvestitionen), die Förderungsprogramme für die Landwirtschaft, die finanzielle Kooperation und die für den Ausbau des intrasubregionalen Handels nicht unwichtige räumliche Integration. Die hier getroffene Auswahl, die im wesentlichen datenbedingt ist, dürfte jedoch ausreichen, um Anhaltspunkte für eine ökonomische Bewertung sowohl der bisherigen Integrationsbemühungen als auch der Zukunftspläne der Junta zu gewinnen.

1. Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in den Andenländern

Nach Artikel 26 des Vertrags von Cartagena sind die Länder des Andenpakts zur Harmonisierung verschiedener Politikbereiche verpflichtet. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration im Andenraum sind davon vor allem die Geld-, Kredit-, Wechselkurs-, Finanz- und Handelspolitik von Bedeutung. Welcher Grad an wirtschaftlicher Konvergenz bisher in den Andenländern verwirklicht werden konnte, kann am besten an den Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung (Tabellen 1 bis 5) abgelesen werden. So zeigen die realwirtschaftlichen Indikatoren, daß im Zeitraum 1970-1980 nur Ecuador durchweg Zuwächse des Pro-Kopf-Einkommens aufweist. Bolivien und Kolumbien haben in dieser Periode mindestens einmal einen Einkommensrückgang hinnehmen müssen, während Peru und Venezuela mehrere Rückgänge zu verzeichnen hatten. War die Einkommensentwicklung in den siebziger Jahren nicht einheitlich, so kann für die erste Hälfte der achtziger Jahre festgestellt werden, daß sie sich in allen Mitgliedsländern des Andenpakts dramatisch verschlechtert hat.

Auffallend ist auch der allgemein unstetige Verlauf der Bruttoinvestition. Lediglich Venezuela fällt hier aus dem Rahmen, da dieses Land zumindest bis 1977 infolge deutlich gesteigener Erdölausfuhren eine beachtenswerte Dynamik entfalten konnte. Die mit Ausnahme Venezuelas eher schwache Investitionstätigkeit in den Untersuchungsändern überrascht wegen der in diesem Zeitraum kräftig gestiegenen Auslandsverschuldung und der expansiven Kreditpolitik, die in den einzelnen Ländern verfolgt wurde. Offenbar sind diese Mittel nur zum Teil produktiven Verwendungen zugeführt worden. Aufschluß über ihren Verbleib gibt die Disaggregation der Investitionen, je nachdem, ob sie von privaten Unternehmen oder vom Staat vorgenommen wurden. Es zeigt sich, daß sich die privaten Investitionen überwiegend auf Venezuela konzentriert haben. In Bolivien und Peru dominierten

Tabelle 1 - Bolivien: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1970-1985

Jahr	Reale Indikatoren			Monetäre Indikatoren				Staat		
	BIP ^a	BIP pro Kopf	Bruttoinvestition ^b	Inflation ^c	Geldmenge ^d		Wechselkurs ^e	Ausgaben	Defizit	ZB-Kredit ^f
					M	Q				
	Jährliche Veränderungen ^g (vH)									
1970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1971	4,8	3,9	0	0	12,0	20,9	0	20,0	69,3	69,3
1972	5,7	5,2	30,0	10,5	12,2	26,9	11,2	16,7	15,4	0
1973	6,4	5,8	24,8	26,2	40,6	14,7	40,9	51,2	34,6	0
1974	5,0	3,3	-14,3	48,0	28,8	41,4	0	37,9	-185,0	-69,3
1975	6,4	3,5	16,0	9,1	22,3	69,3	0	14,7	-13,1	69,3
1976	5,9	3,1	15,8	4,3	18,2	40,6	0	25,8	43,2	40,5
1977	4,1	1,5	2,6	6,1	28,8	51,1	0	39,5	181,3	28,8
1978	3,3	0,7	196,8	11,1	11,8	18,2	0	5,2	-9,8	22,3
1979	0,2	-2,6	-190,8	17,7	10,5	9,5	1,9	26,4	79,8	58,8
1980	-1,5	-4,2	-32,9	38,6	40,6	28,8	18,4	35,9	37,9	51,1
1981	0,4	-2,4	-5,4	25,5	18,2	40,6	0	10,9	2,7	18,2
1982	-2,9	-5,6	15,9	84,4	117,0	117,9	95,7	169,0	240,7	166,4
1983	-6,8	-9,5	-7,7	130,6	112,1	81,4	128,1	100,7	102,7	116,3
1984	-0,9	-3,7	-0,8	262,6	294,1	205,1	231,0	314,1	320,9	240,1
1985	-1,8	-4,6	3,0	477,5	411,9	486,5	525,2	470,3	453,6	-595,2

^a Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980;

^b Bruttoanlageinvestition in Preisen von 1980;

^c Verbraucherpreisindex (1980 = 100);

^d M = Money = Bargeld und private Sichtguthaben; Q = Quasi Money = Spar- und Termineinlagen in einheimischer und fremder Währung;

^e Einheiten einheimischer Währung pro US-Dollar;

^f Zentralbankkredit an den Staat.

^g Logarithmische Veränderungen

Quelle: IMF: - eigene Berechnungen

Tabelle 2 - Ecuador: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1970-1985

Jahr	Reale Indikatoren			Monetäre Indikatoren			Staat			
	BIP ^a	BIP pro Kopf	Bruttoinvestition ^b	Inflation ^c	Geldmenge ^d		Wechselkurs ^e	Ausgaben	Defizit	ZB-Kredit ^f
					M	Q				
	Jährliche Veränderungen ^g (vH)									
1970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1971	6,1	2,6	32,0	7,9	11,5	22,0	17,8	15,7	1,1	17,2
1972	13,5	10,2	-10,6	7,6	22,0	17,7	0	4,0	-4,9	-1,6
1973	22,6	19,2	13,0	12,4	29,9	18,8	0	20,3	-5,6	-16,5
1974	6,2	3,0	22,9	20,9	40,1	28,6	0	37,3	0,7	60,6
1975	5,4	2,4	24,8	14,2	8,4	12,9	0	13,6	3,6	11,5
1976	8,8	5,9	6,6	10,3	21,8	23,7	0	25,3	8,7	-4,2
1977	6,3	3,5	16,5	12,3	27,0	1,3	0	26,2	21,9	-26,1
1978	6,4	3,5	13,4	10,9	9,7	11,6	0	-2,3	-21,1	-151,5
1979	5,2	2,3	0,3	9,9	24,2	40,5	0	14,2	-4,7	138,9
1980	4,8	1,9	10,2	12,2	24,5	20,8	0	52,7	16,5	18,3
1981	3,9	1,0	-3,9	15,2	14,3	10,0	0	29,8	211,6	-0,4
1982	1,2	-1,8	4,3	15,1	16,8	38,9	18,3	13,9	285,8	97,4
1983	-2,9	-5,7	-40,7	39,5	26,3	10,9	38,5	14,1	-381,4	42,4
1984	4,1	1,3	2,5	27,2	30,5	56,5	34,9	36,2	-95,6	-19,5
1985	4,4	1,5	10,9	24,7	^h	^h	10,6	45,1	-123,5	^h

^h Daten nicht verfügbar.

Die übrigen Begriffe und Symbole werden in Tabelle 1 erläutert.

Quelle: IMF: - eigene Berechnungen.

Tabelle 3 - Kolumbien: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1970-1985

Jahr	Reale Indikatoren			Monetäre Indikatoren			Staat			
	BIP ^a Kopf	BIP pro Kopf	Brutto- investi- tion ^b	Infla- tion ^c	Geldmenge ^d		Wech- sel- kurs ^e	Aus- gaben	Defi- zit	ZB- Kredit ^f
					M	Q				
	Jährliche Veränderungen ^g (vH)									
1970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1971	5,8	3,1	4,2	8,6	11,2	20,0	7,8	41,3	2,4	25,9
1972	7,4	4,7	-1,2	12,6	24,0	35,0	9,3	22,5	4,0	15,5
1973	6,5	3,5	4,1	18,8	26,8	45,7	7,8	21,8	1,6	23,3
1974	5,6	2,8	9,9	21,8	16,4	45,9	9,8	21,8	-2,8	35,6
1975	2,3	-0,5	-4,2	20,6	18,3	29,1	17,1	31,0	-5,6	37,4
1976	4,6	1,7	12,5	18,4	29,8	27,4	11,5	10,9	-10,3	5,9
1977	4,1	4,5	-8,0	28,6	26,5	36,7	5,8	31,2	1,3	36,9
1978	8,1	5,4	13,2	16,4	25,0	23,6	6,1	27,5	-2,6	-26,6
1979	5,2	3,4	5,0	22,1	22,2	15,7	8,5	35,9	33,7	-53,9
1980	4,0	2,0	13,3	23,5	24,7	67,4	10,5	37,7	45,0	-17,4
1981	2,3	0,2	3,6	24,3	18,8	50,1	14,2	27,6	568,9	41,8
1982	0,9	-1,1	0	22,0	22,6	13,6	16,2	26,7	-518,1	102,4
1983	1,6	-0,4	0,5	18,0	21,1	25,1	20,7	13,4	-66,7	56,2
1984	3,3	1,3	7,1	15,0	21,6	21,2	24,6	^h	^h	72,4
1985	2,4	0,4	-0,7	21,6	10,2	29,7	34,5	^h	^h	4,6

^h Daten nicht verfügbar.

Die übrigen Begriffe und Symbole werden in Tabelle 1 erläutert.

Quelle: IMF: - eigene Berechnungen.

Tabelle 4 - Peru: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1970-1985

Jahr	Reale Indikatoren			Monetäre Indikatoren			Staat			
	BIP ^a	BIP pro Kopf	Bruttoinvestition ^b	Inflation ^c	Geldmenge ^d		Wechselkurs ^e	Ausgaben	Defizit	ZB-Kredit ^f
					M	Q				
	Jährliche Veränderungen ^g (vH)									
1970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1971	4,6	1,8	14,5	5,4	4,4	4,1	0	15,0	89,8	21,1
1972	1,9	-0,8	-21,8	7,6	17,6	-0,1	0	13,2	28,8	21,8
1973	4,9	2,3	59,1	9,3	13,3	3,6	0	17,7	26,7	30,2
1974	6,8	4,3	28,1	15,4	19,1	-4,5	0	7,2	0	14,1
1975	4,7	2,1	-3,1	21,4	-5,5	-11,5	15,1	39,0	77,5	18,5
1976	0,9	-1,7	-13,0	28,6	-5,6	-15,0	40,2	40,1	45,8	25,6
1977	-0,1	-2,6	-15,2	32,3	-13,2	7,2	46,6	37,8	49,1	4,7
1978	0,7	-1,9	-27,7	45,6	-8,1	37,9	55,9	40,2	1,5	1,9
1979	6,2	3,7	9,6	51,0	2,2	42,9	26,3	49,2	-149,5	-56,8
1980	4,4	1,8	30,9	46,5	-0,9	38,1	28,9	70,9	205,1	-10,5
1981	4,3	1,8	18,7	56,2	-17,9	11,7	44,2	51,4	108,9	-3,0
1982	0,3	-2,3	-7,5	49,7	-19,9	21,3	66,9	45,3	29,2	-0,1
1983	13,2	-15,7	-50,6	74,7	-7,4	-1,5	83,0	69,0	144,0	42,3
1984	3,9	1,3	-9,1	74,3	2,7	14,1	92,0	72,0	33,3	-8,6
1985	1,4	-1,2	-22,9	96,8	38,1	-33,7	89,5	94,5	15,7	-53,0

Die Begriffe und Symbole werden in Tabelle 1 erläutert.

Quelle: IMF: - eigene Berechnungen.

Tabelle 5 - Venezuela: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1970-1985

Jahr	Reale Indikatoren			Monetäre Indikatoren			Staat			
	BIP ^a	BIP pro Kopf	Bruttoinvestition ^b	Inflation ^c	Geldmenge ^d		Wechselkurs ^e	Ausgaben	Defizit	ZB-Kredit ^f
					M	Q				
	Jährliche Veränderungen ^g (vH)									
1970	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1971	3,0	-0,2	11,5	3,1	15,6	15,8	-0,1	12,1	-6,1	-0,2
1972	2,7	-0,4	14,4	2,8	18,5	23,4	-1,1	13,7	2,6	0,4
1973	6,1	3,0	12,2	4,1	17,9	19,0	-2,2	11,2	-8,2	-4,0
1974	5,9	2,8	4,2	8,0	34,7	16,8	-0,5	47,2	-20,5	-120,0
1975	5,9	-2,6	28,0	9,6	37,6	43,5	0	18,6	21,0	-419,7
1976	8,4	4,9	26,2	7,4	15,1	33,6	0,1	17,4	41,3	296,7
1977	6,5	3,0	27,0	7,6	22,7	24,2	0,1	25,5	46,9	123,9
1978	2,1	-1,4	10,3	6,8	13,6	14,7	0	9,3	7,4	50,1
1979	1,3	-2,0	-20,7	11,7	8,5	2,5	0	-4,6	-100,2	-10,4
1980	-2,0	-5,2	-21,8	19,5	16,8	16,3	0	23,2	22,4	50,0
1981	-0,3	-3,3	-6,5	15,0	9,9	22,7	0	41,3	41,3	34,5
1982	0,7	-2,3	-8,6	9,1	5,4	18,4	0	-0,1	452,9	28,1
1983	-5,8	-8,6	-29,9	6,1	18,9	18,9	0,1	-9,1	-410,3	3,7
1984	-1,4	-4,1	-26,3	11,5	21,3	9,3	49,0	11,0	-148,2	-6,2
1985	0,3	-2,5	7,7	10,8	7,8	14,3	6,7	^h	^h	-109,5

^h Daten nicht verfügbar.

Die übrigen Begriffe und Symbole werden in Tabelle 1 erläutert.

Quelle: IMF: - eigene Berechnungen.

die staatlichen Investitionen; Kolumbien und Ecuador nehmen diesbezüglich eine mittlere Position ein.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist in den Andenländern ein Anstieg des Preisniveaus, nach 1980 sogar eine merkliche Beschleunigung der Inflation ebenso wie eine höhere Variabilität der Inflationsraten zu beobachten. Dabei traten zwei Länder besonders hervor, Bolivien und Peru. Während es im ersten Land zur Hyperinflation kam, konnte in Peru eine ähnliche Entwicklung zunächst verhindert werden. Mit den zum Teil hohen Preissteigerungen ging eine übermäßige Ausdehnung der Geldmenge einher, vor allem des Zentralbankkredits an den Staat zur Finanzierung des - in Bolivien und Peru - aus dem Ruder gelaufenen Haushaltsdefizits. Hinzu kommt, daß die ebenfalls hohen Kredite aus dem Ausland und die in einigen Andenländern angesammelten Devisenreserven nicht ohne Einfluß auf das inländische Geldangebot geblieben sind.

Eine permissive Geldmengenerweiterung birgt nicht nur Gefahren für die Preisstabilität in sich, sondern auch für die Wechselkurspolitik. Alle Andenpaktländer, außer Kolumbien, haben in den siebziger Jahren Perioden fester Wechselkurse gehabt. Bei steigendem inländischen Preisniveau führt ein fester Wechselkurs in der Regel zu einer Überbewertung der heimischen Währung, ähnlich wie bei Abwertungen, die unter der Inflationsrate bleiben, wie z.B. in Bolivien und Peru von 1979 bis 1981 geschehen. Die Wirkung einer solchen Wechselkurspolitik kann an der Entwicklung des realen Wechselkurses veranschaulicht werden: Ein mehrjähriger Rückgang des realen Wechselkurses (= Aufwertung) beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit und zieht im Normalfall eine Verringerung des Handelsbilanzüberschusses bzw. ein höheres Handelsbilanzdefizit nach sich. Der Zusammenhang zwischen der Auf- bzw. Abwertung des realen Wechselkurses und der Entwicklung des Saldos der Handelsbilanz in den Andenländern zeigt, daß nur bei den OPEC-Ländern im Andenpakt (Ecuador, Venezuela) die Elastizität der Ausfuhren in bezug auf den Wechselkurs vorübergehend von anderen Kräften überlagert wird (Tabelle A 1).

Insgesamt ergibt sich aus den Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung kein einheitliches Bild für die Andenpaktländer. Dort, wo Gemeinsamkeiten entdeckt werden können, handelt es sich um Fehlentwicklungen. Es sind keine Anhaltspunkte für eine bewußte Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in den untersuchten Politikbereichen zu erkennen.

Worauf können gemeinsame Fehlentwicklungen zurückgeführt werden? Die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Andenraumes bestätigt die in anderen lateinamerikanischen Entwicklungsländern gewonnenen Er-

fahrungen mit einer Politik, die im Zusammenhang mit der gewählten binnenmarktorientierten Industrialisierungsstrategie gesehen werden muß (Foders 1987a). So bewirkte der Versuch, die Grenzen der nationalen Binnenmärkte mit Hilfe einer geldpolitisch unterstützten Umverteilung von Einkommen zu verschieben, nur kurzfristig eine Nachfrageankurbelung. Langfristig konnte eine Zunahme der Inflation, die zudem durch den Anstieg der Auslandsverschuldung weiter genährt wurde, nicht vermieden werden. In der Absicht, die Einfuhr von Kapitalgütern künstlich zu verbilligen, wurde verschiedentlich ein überbewerteter Wechselkurs hingegenommen. Dieser führte jedoch zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit bei anderen Produkten und damit zu mehr Nachfrage nach Protektion bei der mit Importen konkurrierenden heimischen Industrie. Die Kreditexpansion konnte mit der infolge negativer Realzinsen sprunghaft angestiegenen Kreditnachfrage nicht Schritt halten; wegen der Kreditkontingentierung nach politischen Gesichtspunkten ergab sich meistens eine Fehlallokation knapper Ressourcen. Soweit sie dem Privatsektor zugeflossen sind, wurden die Kreditmittel zwar zum Teil zur Finanzierung des Umlaufvermögens eingesetzt. Es überwogen aber kurzfristige Geldgeschäfte am informellen Kreditmarkt sowie Anlagen im Ausland (Kapitalflucht). Bei steigender Inflation und steigender Umlaufgeschwindigkeit des Geldes lohnten kurzfristige Anlagen weit mehr als Sachinvestitionen mit längeren Kapitalwiedergewinnungsperioden. Die einheimische Währung verlor in Bolivien (Sachs 1987) und Peru (Foders 1987b), wo der Prozeß der Geldentwertung sehr fortgeschritten war, allmählich ihre klassischen Funktionen als Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit; diese Funktionen wurden vom US-Dollar übernommen.

2. Der Aufbau einer Zollunion

Zu den Kernvorhaben des Andenpakts gehören die Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls und die Schaffung eines subregionalen Binnenmarkts. Ursprünglich war die Einführung eines gemeinsamen Mindestzolls gegenüber Drittländern in den relativ reichen Andenpaktländern für den Zeitraum 1971-1975 geplant; Bolivien und Ecuador sollten später eine Angleichung ihrer Zölle vornehmen. Dieses erste Zollprogramm umfaßte nur 64 vH der in Frage kommenden Zollpositionen, weil für die übrigen Produkte sektorale Importsubstitutionsprogramme vorgesehen waren. Die einzelnen Zollsätze lagen zwischen 0 und 120 vH des Importwerts und führten zu einem durch-

schnittlichen tarifären Schutz von etwa 40 vH bei sehr ungleich verteilter Zollbelastung, die sich in einem recht hohen Variationskoeffizienten manifestiert (JUNAC 1982b). Weil der vereinbarte Zeitplan nicht eingehalten wurde, ist es 1976 zu einer Änderung dieses Programms und zur Festsetzung neuer Fristen gekommen. Im Jahr 1981 hatte Kolumbien in 81 Fällen, Peru in 296 Fällen und Venezuela in 163 Fällen niedrigere Zölle beibehalten, insbesondere bei Kapitalgütern, als im Programm gefordert worden war. Bei den Sätzen, die für Importsubstitutionsprodukte festgelegt wurden, ergaben sich ebenfalls häufig Abweichungen von den Soll-Werten.

Tabelle 6 - Durchschnittlicher Zollschatz in den Andenpaktstaaten 1970, 1975, 1980, 1981 (vH)

Land	Zollschatz gegenüber Drittländern				Zollschatz gegenüber Andenpakt-ländern (Soll-Sätze)				Öffnungsgrad gegenüber Andenpaktländern					
									geplant ^a				Ist	Soll-Ist-Abw.
	1970	1975	1980	1981	1970	1975	1980	1981	1970	1975	1980	1981	1981	1981
Kolumbien	56,0	36,8	35,0	32,6	43,4	25,2	16,9	10,2	22,5	31,5	51,7	68,7	46,6	22,1
Peru	89,0	69,1	55,0	34,6	53,3	38,1	23,9	10,4	40,1	44,9	56,6	66,5	46,5	20,0
Venezuela	-	48,1	44,0	31,0	-	28,9	20,1	10,0	-	40,9	54,3	67,7	29,0	38,7
Bolivien	50,0	23,3	18,0	20,4	48,5	21,4	15,7	15,3	3,0	8,2	12,8	25,0	7,8	17,2
Ecuador	91,0	30,9	33,0	32,1	88,3	28,4	28,8	24,1	3,0	8,2	12,8	25,0	10,6	14,4

^a Abweichung des durchschnittlichen Zollschatzes gegenüber Andenpaktländern vom durchschnittlichen Zollschatz gegenüber Drittländern (Soll-Sätze), in vH des letzteren.

Quelle: JUNAC (1982b): - eigene Berechnungen.

Trotz der nur zögernden Verwirklichung des Außenzolls, hat sich der tarifäre Schutz gegenüber Drittländern von 1970 bis 1981 deutlich verändert. So nahm der Durchschnittszoll in allen Ländern vor allem zwischen 1970 und 1975 ab (Tabelle 6); am kräftigsten sanken die Zölle in Ecuador und in Peru. Betrachtet man die nationalen Zollsätze nach Sektionen der Brüsseler Nomenklatur, so fällt auf, daß die Zollstruktur in den einzelnen Ländern sehr verschieden war. Die Variationskoeffizienten deuten schließlich auf spürbare Unterschiede in der Streuung der nationalen Zollsätze hin (Tabelle A 2).

Die nominale Protektion gegenüber Drittländern gibt nur eine Teilauskunft über den Schutz dieses Integrationsraumes gegenüber dem Rest der Welt. Sie sagt nichts über die effektive Protektion des Andenpakts aus, das heißt, darüber, inwieweit die Wertschöpfung einzelner Produkte zu heimischen Preisen von der Wertschöpfung zu Weltmarktpreisen abweicht. Nach einer Weltbankstudie (*World Bank* 1983) betrug die effektive Protektion der Sektoren der Verarbeitenden Industrie im Andenpakt 1981 im Schnitt etwa 64 vH (Tabelle 7). Sie lag somit geringfügig unter dem Durchschnitt einer größeren Stichprobe von Entwicklungsländern (72 vH (*Havryliyshyn/Alikhani* 1982)), aber weit über dem vergleichbaren Wert für die Bundesrepublik Deutschland (10 vH im Jahr 1972 (*Donges/Fels/Neu u.a.* 1973)).

Die im internationalen Vergleich hohe Protektion im Andenpakt wird durch die Effektivzölle eher unterschätzt. Denn wichtiger als die Höhe und Struktur der Zölle ist das Ausmaß der nicht-tarifären Protektion in den Untersuchungsländern. Nach Angaben des Instituto para la Integración de América Latina (INTAL) hatten die Andenländer, allen voran Peru, in den siebziger Jahren umfangreiche nicht-tarifäre Handelshemmnisse eingeführt (Tabelle A 3). Die im Trade Information System der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) entstandene Datenbank über nicht-tarifäre Maßnahmen in den Entwicklungsländern vermittelt einen ähnlichen Eindruck (*UNCTAD* 1985).

Auf dem Weg zum Binnenmarkt wurde im Rahmen des Andenpakts ein gradueller Abbau der tarifären Handelshemmnisse für den intrasubregionalen Handel vorgesehen. Es wurde ein Zollsenkungsprogramm verabschiedet, das vier Hauptlisten umfaßt: eine gemeinsame Liste (etwa 3 vH der Zolltarifpositionen), eine Liste für lineare Zollsenkungen (62 vH der Zolltarifpositionen), eine Liste nicht erzeugter Produkte, die für künftige Importsubstitutionsprogramme reserviert sind (17 vH der Zolltarifpositionen) und die Liste für Produkte, für die Importsubstitutionsprogramme bereits initiiert wurden (Maschinenbau, Petrochemie, Kraftfahrzeugbau und Eisen- und Stahlprodukte) (19 vH der Zolltarifpositionen) - (Tabelle A 4). Die Liberali-

Tabelle 7 - Struktur der ökonomischen Anreize im Andenpakt nach Sektoren der Verarbeitenden Industrie 1981 (vH)

	Effektive Protektionsraten ^a für den		Anreizstruktur ^c
	Binnenmarkt	Auslandsmarkt ^b	
Nahrungsmittel	94	7	1,8
Getränke	88	23	1,5
Tabak	55	18	1,3
Textilprodukte	121	-52	4,6
Bekleidung	87	-25	2,5
Lederprodukte	106	-38	3,3
Schuhe	89	1	1,9
Holzprodukte	52	2	1,5
Möbel	97	9	1,8
Papierprodukte	56	-3	1,6
Druckereierzeugnisse	32	16	1,1
Chemische Produkte	27	10	1,2
Erdölprodukte	75	-32	2,6
Kautschukprodukte	44	17	1,2
Steine und Erden	50	14	1,3
Stahl- und Eisenprodukte	40	-1	1,4
Übrige Metallprodukte	66	-6	1,8
Nichtelektr. Maschinen	31	20	1,1
Elektr. Maschinen	50	17	1,3
Fahrzeugbau	27	18	1,1
Übrige Produkte	57	16	1,4

^a Brutto-Effektivzoll, berechnet nach der Balassa-Methode (nicht-handelbare Güter werden als ungeschützt betrachtet), mit Hilfe einer Input-Output-Tabelle für den Andenpakt und durchschnittlicher Zölle gegenüber Drittländern.

^b Negative Protektionsraten deuten auf eine negative Wertschöpfung zu Weltmarktpreisen hin.

^c Berechnet als Verhältnis von Effektivzoll für den Binnenmarkt plus 1 zu Effektivzoll für den Auslandsmarkt plus 1. Liegt der errechnete Wert über 1, so werden die Ausfuhren diskriminiert.

Quelle: World Bank (1983): - eigene Berechnungen.

sierung sollte zunächst in den "großen" Ländern Kolumbien, Peru und Venezuela von 1970 bis 1980 verwirklicht werden und ab 1976 auch Bolivien und Ecuador erreichen; den beiden "kleineren" Ländern wurde eine Frist bis 1985 eingeräumt.

Wie bei der Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls wurden die Fristen für das Zollsenkungsprogramm ebenfalls nicht eingehalten. Dennoch gelang es, die Märkte für den intrasubregionalen Handel zu öffnen. Betrug der Öffnungsgrad für den Binnenhandel² 1970 in Kolumbien 22,5 vH, so konnte er bis 1981 auf 46,6 vH erhöht werden (Tabelle 6). Die übrigen Andenländer folgten dieser Tendenz, wenn auch nicht ganz einheitlich. Kolumbien und Peru haben ihre Zölle weit mehr als Venezuela und die beiden "kleineren" Länder abgebaut. Daß es nicht zu einer vollständigen Liberalisierung gekommen ist, lag an der Existenz einer langen Liste von Produkten, die von den geplanten Zollsenkungen befreit waren (Tabelle A 5), und an der Anwendung nicht-tarifärer Maßnahmen auch im intrasubregionalen Handel.

Welche ökonomischen Auswirkungen können dem gemeinsamen Außenzoll und der Liberalisierung des intrasubregionalen Handels zugeschrieben werden? Integrationsbemühungen haben statische und dynamische Wohlfahrtseffekte. Zu den statischen Effekten werden die Handelsschaffung und die Handelsumlenkung gerechnet. Handelsschaffung liegt nach *Balassa* (1967) dann vor, wenn die Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach Importen aus den Mitgliedsländern nach Beginn der Integration zunehmen, verglichen mit der Situation vor der Integration. Dabei wird unterstellt, daß die Elastizitäten konstant geblieben wären, wenn die Integration unterblieben wäre. Auf Handelsschaffung wird auch dann geschlossen, wenn die Elastizitäten für die Einfuhren aus allen Regionen nach der Integration höher ausfallen als vor der Integration. Handelsumlenkung kommt zustande, wenn die Elastizitäten der Nachfrage nach Importen aus Drittländern vor der Integration höher liegen als diejenigen, die sich nach Beginn der Integration ergeben.

Im Idealfall wäre also die Berechnung von Elastizitäten für zwei Zeiträume notwendig, von denen einer den Zustand vor der Integration widerspiegeln sollte. Da im Fall des Andenpakts die benötigten Daten für die Zeit vor der Integration nicht verfügbar waren, ist in dieser Arbeit davon ausgegangen worden, daß sich Handelsströme erst nach einer gewissen Reaktionszeit nachhaltig verändern lassen. Daher sind der Zeitraum 1973-1976 als Anlaufphase oder Periode der noch schwachen Integration und der Zeitraum 1977-1980 als fortgeschrittene Integrationsphase gewählt worden, um die statischen Effekte der Andenintegration abzuschätzen.

Tabelle 8 - Andenpakt: Einkommenselastizitäten der Importnachfrage für ausgewählte Güter, 1973-1976 und 1977-1980

Gütergruppen	Elastizitäten ^a für Importe aus					
	Andenpakt		Drittländern		allen Ländern	
	1973- 1976	1977- 1980	1973- 1976	1977- 1980	1973- 1976	1977- 1980
Rohstoffe	2,92	-2,16	1,05	1,10	1,43	0,58
Nahrungsmittel	1,00	0,86	1,69	0,89	1,64	0,89
Textil, Bekleidung, Leder	2,21	2,41	1,34	1,13	1,38	1,24
Holzprodukte	6,57	2,00	1,80	-0,16	2,21	0,26
Papier und Druckerzeugnisse	0,91	0,86	0,89	1,04	0,89	1,04
Chemische, petroch. Produkte	1,37	1,43	1,24	1,08	1,24	1,10
Steine und Erden	3,46	2,17	2,00	0,42	2,16	0,65
Eisen- und Stahlprodukte	0,60	1,67	1,39	0,16	1,36	0,22
Metallprodukte, Maschinen	2,12	1,44	2,53	0,44	2,52	0,45

^a Errechnet als durchschnittliche Wachstumsrate der Importe/durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: JUNAC (1982a); - eigene Berechnungen.

Die errechneten Elastizitäten deuten darauf hin, daß die Integrationspolitik im Andenraum Handelsschaffung bei nur drei der neun betrachteten Gütergruppen gebracht hat (Tabelle 8). Zu Handelsschaffung ist es bei Produkten aus dem Bereich Textil, Bekleidung, Leder, bei Produkten der Chemischen Industrie (einschl. Petrochemie und Kautschuk), und bei Eisen- und Stahlprodukten gekommen. Anders als man erwarten könnte, wurde in den siebziger Jahren keine gezielte Liberalisierung für diese Produkte betrieben.

Im Handel mit Drittländern hat der Andenraum seine natürlichen Vorteile bei Rohstoffen (überwiegend Erdöl) und Papierprodukten genutzt. Bei sieben Gütergruppen ergeben sich allerdings Einkommenselastizitäten der Importnachfrage im Handel mit Drittländern, die in der fortgeschrittenen Integrationsphase niedriger ausfallen als in der Anlaufphase. Daraus kann bei den betroffenen Produkten auf Handelsumlenkung infolge zunehmender Andenintegration geschlossen werden³.

In der partiellen Bilanz der Kosten und Erträge der Integration für die Andenpaktländer, die sich hier nur auf statische Effekte beschränkt⁴, stehen die potentiellen Wohlfahrtsgewinne der Handelsschaffung den potentiellen Wohlfahrtsverlusten der Handelsumlenkung gegenüber. Ob die Handelsschaffung tatsächlich Gewinne entstehen läßt, hängt davon ab, ob die Elastizitäten echten Handel, der auf Preis- und Kostenunterschieden zwischen den Mitgliedsländern beruht, und nicht bilateral verwalteten Handel (Kompensationsgeschäfte, Staatshandel) zum Ausdruck bringen.

Die Bestimmung der Handelsverluste ist eindeutiger als die der Handelsgewinne. Denn Handel wird dann umgelenkt, wenn Güter, die billiger von Drittländern bezogen werden können, wegen der Zollunion von Mitgliedsländern bezogen werden müssen. Richtig ist, daß aus der Sicht des importierenden Landes dies immer noch effizienter ist, als das Gut im eigenen Land herzustellen, wenn dieses Land keinen komparativen Vorteil dafür besitzt. Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß beim Import dieses Gutes aus der Zollunion stets mehr Einkommen aufgegeben werden muß, als beim Import aus Drittländern. Bei vorsichtiger Interpretation der Elastizitäten kann daraus geschlossen werden, daß Handelsumlenkung bei sieben von insgesamt neun Produkten schwerer wiegen dürfte als (unbestimmte) Handelsschaffung bei nur drei Produkten.

Das Ergebnis, daß die Handelsumlenkung bei den Integrationsbemühungen der Andenpaktländer tendenziell überwiegt, stimmt mit dem empirischen Befund überein, der bisher für andere lateinamerikanische Integrationsversuche vorliegt. So kamen beispielsweise *Langhammer* und *Spinanger* (1984) und *Foders* (1987a) zu einer ähnlichen Beurteilung der Lateinamerikanischen Freihandelszone (ALALC) und des Karibischen Gemeinsamen Marktes (CARICOM).

III. Andenintegration im Wandel: Krise oder Neuanfang?

Der Integrationsprozeß hat in der ersten Hälfte der achtziger Jahre seine ursprüngliche Vitalität verloren. Konnten von 1970 bis 1980 die intrasubregionalen Ausfuhren mit einer durchschnittlichen Rate von 26,5 vH expandieren, so wurden seit 1981 erstmalig Rückgänge verzeichnet. Diese Entwicklung wurde von deutlich rezessiven Tendenzen bei gleichzeitig hohen Preissteigerungsraten in den einzelnen Andenländern begleitet. Im Zeitraum 1981-1986 stieg die Auslandsverschuldung des Andenpakts von 54,1

auf 77,7 Milliarden US-Dollar, von der etwa 50 vH auf Venezuela und 85 vH auf nur drei Länder (Kolumbien, Peru und Venezuela) entfallen.

Für die Lähmungserscheinungen bei der Andenintegration waren nicht nur externe Faktoren, sondern auch ganz wesentlich hausgemachte Faktoren verantwortlich. Wie im vorigen Abschnitt dieser Arbeit gezeigt wurde, unterlag die Wirtschaftspolitik weiterhin den nationalen und nicht den gemeinschaftlichen Interessen. Keines dieser Länder hat das Ziel der breiten Importsubstitution auf einzelstaatlicher Ebene wirklich aufgegeben. Darauf weisen die Handelspolitik gegenüber den übrigen Mitgliederländern sowie die Wechselkurs-, Geld-, Kredit- und Finanzpolitik hin, die in den Andenländern verfolgt wurde.

Die Nichteinhaltung der Fristen für die Einführung eines gemeinsamen Außenzolls und für die Zollsenkungsprogramme für den Binnenhandel, zusammen mit der wiederholten Zurückhaltung bei der Einbeziehung von Gemeinschaftsentscheidungen und -normen in das nationale Recht haben der Gemeinschaftsidee spürbare Verluste an Glaubwürdigkeit eingebracht. Probleme ergaben sich auch bei der Konzipierung und Durchführung der geplanten subregionalen Importsubstitutionsprogramme. Von den anfänglich vier Programmen wurden nur drei bisher näher bestimmt und nur zwei davon nach mehreren Änderungen in die Umsetzungsphase gebracht.

Mit dem ohnehin nur schleppenden Wachstum in den Industrieländern brach schließlich auch der Nord-Süd-Handel weitgehend zusammen, besonders nachdem Mexiko im Zuge der Wende auf dem Kapitalmarkt 1982 zahlungsunfähig wurde und die internationale Verschuldungskrise auslöste. Dies wirkte sich auch auf den Handel der Andenländer mit Drittländern aus und verstärkte den wirtschaftlichen Niedergang.

Mitten in der Krise, die nicht nur eine des Andenpakts war, wurden die Stimmen laut für eine Wiederbelebung der Andenintegration. Die Stunde der internationalen Krise sollte die Stunde eines neuen Integrationsstils werden. So legte die Junta ihre Vorschläge vor, die in Form eines Änderungsprotokolls zum Cartagena-Vertrag nunmehr von den Mitgliedsländern ratifiziert werden sollen. Das Änderungsprotokoll greift einige der Mißerfolge, die bei den bisherigen Integrationserfahrungen im Andenpakt erzielt wurden, auf und erweitert die Integrationsbestrebungen auf neue Felder. Neuerungen ergeben sich bei den subregionalen Importsubstitutionsprogrammen, bei der Förderung der Landwirtschaft und bei der finanziellen Zusammenarbeit (einschl. der Behandlung multinationaler Unternehmen). Als neues Integrationsfeld kommt die Sozialpolitik hinzu.

1. Das Änderungsprotokoll des Abkommens von Cartagena: Ökonomische Implikationen

a. Der graduelle Ansatz bei der Annäherung der nationalen Wirtschaftspolitiken in den Andenländern

Was die Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken anlangt, sieht das Änderungsprotokoll einen graduellen Ansatz vor und beschränkt gleichzeitig die Koordinierung der Entwicklungsstrategien auf bestimmte Sektoren, in Abhängigkeit von den Fortschritten, die bei Errichtung des gemeinsamen Außenzolls und der Verwirklichung des Binnenmarktes erzielt werden.

Die Erfahrungen in der Europäischen Gemeinschaft haben gezeigt, daß divergierende nationale Wirtschaftspolitiken, besonders im monetären Bereich, dazu führen, daß das Land mit den niedrigsten Produktionskosten und mit der niedrigsten Inflationsrate dazu neigt, Überschüsse im intraregionalen Handel zu erzielen. Umgekehrt tendieren inflationäre Wirtschaften dazu, defizitäre Handelsbilanzen zu bekommen. Auch dann, wenn - wie in der EG - die Möglichkeit besteht, Unterschiede in der Kostenentwicklung über eine entsprechende Festsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem oder aber - wie im Agrarsektor der EG - über spezifische Wechselkurse ("grüne Kurse") vorübergehend auszugleichen, bleibt der Druck auf die inflationären Länder erhalten und nimmt im Zeitablauf sogar zu, wenn es nicht zu einer erneuten Wechselkursanpassung kommt. Solche Anpassungen haben jedoch eine natürliche Grenze und zwingen früher oder später zu tiefgreifenden Korrekturen in den einzelnen Mitgliedsländern.

Divergierende Wirtschaftspolitiken, die zu divergierenden wirtschaftlichen Grunddaten führen, lassen sich nicht einmal mit der Einführung einer gemeinsamen Währung verhindern. Selbst wenn die Länder mit einer relativ starken Währung einer solchen institutionellen Änderung zustimmen sollten, was nicht anzunehmen ist, wird es nach wie vor sehr davon abhängen, wie die Geld- und Kreditpolitik der regionalen Zentralbank aussieht. Werden bestimmten Ländern mehr Kredite als anderen gewährt oder kommt es bei der Allokation von Krediten zu politischen Einflußnahmen, dann kann kaum erwartet werden, daß sich ein gesundes Preisgefüge etabliert. Die Währungsvielfalt kann wahrscheinlich viel mehr als das Währungsmonopol zur Preisstabilität in einem Integrationsraum beitragen. Flexible Wechselkurse und ein freier Kapitalverkehr würden die Effizienz eines pluralistischen Währungssystems wesentlich erhöhen.

Für die Andenländer können sich sehr wohl gute Chancen auftun, ihren Binnenhandel zu intensivieren und dabei die Wohlfahrtsgewinne zu erzielen, die mit mehr Handelsschaffung einhergehen. Dafür bedarf es jedoch ernster Anstrengungen zunächst auf nationaler und dann auf subregionaler Ebene. Wie im Kapitel II dieser Arbeit ausgeführt wurde, müssen die Andenländer als erstes mit der Sanierung der eigenen Wirtschaften beginnen. Die Zollsenkung im Handel unter den Mitgliedsländern bleibt wirkungslos, wenn die Politiken, die hinter der Kostenentwicklung stehen, nicht geändert werden.

Alle Stabilisierungserfahrungen, die in Lateinamerika in den siebziger und achtziger Jahren gemacht wurden, deuten darauf hin, daß nicht eine graduelle, sondern eine schockartige Therapie benötigt wird. Der graduelle Ansatz geht nämlich von der falschen Hoffnung aus, daß man inflationäre Erwartungen über einen längeren Zeitraum hinweg steuern kann. Haben die Wirtschaftssubjekte nämlich genügend Zeit, sich der Geldentwertung anzupassen, so muß es zwangsläufig zu Verteilungskämpfen kommen, und zwar zwischen dem staatlichen Sektor auf der einen und den Unternehmen und Arbeitnehmern auf der anderen Seite. Nur eine Regierung, die den Mut zu einer schockartigen Therapie aufbringt, kann die Inflation in Grenzen halten.

Dort wo die Inflationsursache leicht identifiziert werden kann, wie beispielsweise in Bolivien und in Peru, das heißt, wo eine unsolide Finanzpolitik verfolgt wurde, liegt der Reformbedarf im staatlichen Bereich. Wenn - wie in Entwicklungsländern üblich - die Steuerbasis zu gering ist, muß eine grundlegende Steuerreform eingeleitet werden. Angesichts der bisherigen Entwicklung wird jedoch eine Einschränkung der Staatsausgaben unumgänglich sein. In den übrigen Ländern des Andenpakts liegen die Schwierigkeiten ebenfalls in der Geld- und Finanzpolitik, auch wenn sie nicht die Dimensionen wie in Bolivien oder Peru erreichen. Allen Ländern gemeinsam ist ferner die Notwendigkeit, mehr Zurückhaltung bei der Einkommenspolitik zu zeigen. Die Einkommensentwicklung sollte an die Produktivitätsentwicklung gekoppelt werden.

Die Stabilisierung des Preisniveaus in diesen Ländern ist nicht unabhängig von der Dringlichkeit, eine Strategie zur Überwindung des Verschuldungsproblems zu finden. Denn insoweit, wie der Schuldendienst den Staatshaushalt und letztlich auch die Geld- und Kreditpolitik betrifft, müssen Rückzahlungspläne mit den Gläubigern vereinbart werden, die kompatibel mit der Preisstabilisierungspolitik sein sollten.

Damit eine Preisstabilisierung gelingen kann, müssen auch wechselkurspolitische Maßnahmen ergriffen werden, die konsistent mit der Geld- und

Finanzpolitik sind. Beim Wechselkurs kann wegen der Bedeutung, die der Außenhandel des Andenpakts mit dem Dollarraum hat, nur eine Politik Erfolg haben, die den Dollar einbezieht. An dieser Stelle kann ein subregionaler Ansatz helfen, in dem etwa im ersten Schritt flexible Wechselkurse gegenüber dem Dollar oder einem Währungskorb mit dem Dollar als Hauptkomponente untereinander eingeführt werden.

b. Chancen für den Binnenmarkt

Im Änderungsprotokoll zum Cartagena-Vertrag wird grundsätzlich am Ziel festgehalten, eine Zollunion im Andenraum zu schaffen. Die Einführung von neuen Ausnahmeklauseln, in der Absicht, den Mitgliedsländern mehr legale Wege zur Umgehung des Zollsenkungsprogramms zur Verfügung zu stellen, läßt indes begründete Zweifel darüber entstehen, ob der Geist von 1969 unverändert geblieben ist. Auch die eher großzügige Verlängerung der Fristen zur Angleichung der nationalen Zollstrukturen, sei es bei der Errichtung des gemeinsamen Außenzolls oder der bei der Liberalisierung im intrasubregionalen Handel, deutet in diese Richtung.

In Zukunft sollen neben dem normalen Handel auch "neue Handelsformen" im intrasubregionalen Handel möglich sein. Darunter werden der Staatshandel, Kompensationsgeschäfte und generell solche Handelsformen verstanden, die nicht preisbedingt sind und deshalb z.B. im Ost-West-Handel verbreitet sind. Hier wird der Einfluß der Entwicklung in Lateinamerika nach der Schuldenkrise spürbar, vor allem von dem in der ALADI geförderten Bilateralismus.

Die Legalisierung von "neuen Handelsformen" kann kaum als Fortschritt bewertet werden. Denn diese "neuen Handelsformen" stellen nichts anderes dar, als nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Sie haben zwar ihre Berechtigung in der chronischen Devisenknappheit, die in vielen Entwicklungsländern herrscht, weil sie dazu beitragen können, bilaterale Handelsüberschüsse bzw. -defizite zu vermeiden. Sie haben aber andererseits die Wirkung, daß der Handel mit bestimmten Ländern und mit bestimmten Gütern bevorzugt wird, wodurch sie eine offene Diskriminierung von Drittländern begünstigen. Anders als (saubere) Zollunionen von Entwicklungsländern verstoßen solche Handelspraktiken gegen die Grundnormen des GATT.

Der Hauptnachteil der "neuen Handelsformen" ist, daß sie den Preismechanismus außer Kraft setzen und so einer Spezialisierung der Andenpaktländer entgegenwirken. Dadurch wird der Druck des Marktes weitgehend

ausgeschaltet, und die Länder sehen keinen Anlaß für eine Wirtschaftspolitik, die ihre Wettbewerbsposition stärken könnte. Im Gegenteil, es ist damit zu rechnen, daß diese Länder erneut den Weg der bequemerer Anpassung gehen und die überfälligen Reformen weiter aufschieben.

Fortschritte beim Aufbau eines subregionalen Binnenmarktes könnten nur über einen Abbau der tarifären und vor allem der nicht-tarifären Handelshemmnisse in den Mitgliedsländern erzielt werden. Wie in Kapitel II dieser Arbeit gezeigt wurde, ist der Protektionsgrad der Andenländer sehr hoch. Er wirkt den vereinbarten Handelspräferenzen entgegen und zeigt außerdem, daß der politische Wille für eine wirkliche Integration nicht oder nur zum Teil vorhanden ist.

Eine niedrigere Protektion in den Andenländern ist gleichbedeutend mit einer außenwirtschaftlichen Neuorientierung. Protektion ist Mittel und gleichzeitig Folge der Importsubstitutionspolitik, die in den Andenländern zu einer Struktur der ökonomischen Anreize geführt hat, die Ausfuhren diskriminiert (Tabelle 7). Eine stärkere Orientierung nach außen würde diese Volkswirtschaften in die Lage versetzen, ihre Handelshemmnisse zunächst gegenüber den übrigen Mitgliedsländern und später auch gegenüber Drittländern abzubauen. Voraussetzung für eine echte Liberalisierung im Bereich der Außenwirtschaft ist die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit über eine Stabilisierung des Preisniveaus und die Aufhebung von Preisverzerrungen (Preiskontrollen, Subventionen für kapitalintensive Produktionsverfahren).

2. Perspektiven für eine stärkere Einbeziehung des Andenpakts in die internationale Arbeitsteilung

Wirtschaftliche Integration zwischen Entwicklungsländern kann kein Selbstzweck sein. Integrationsbemühungen sollten daher danach beurteilt werden, ob und inwieweit sie einen Beitrag zum Entwicklungsziel leisten. Insofern ist Integration kein Mittel zur kurzfristigen Krisenbewältigung. Höheres Wachstum in Entwicklungsländern erfordert höhere Investitionen, also letztlich Einfuhren von Kapitalgütern und Zwischenprodukten, die (noch) überwiegend im Industrieländern hergestellt werden. Aus diesem Grund kann Integration ebensowenig Abkoppelung von der Weltwirtschaft bedeuten. Ein verstärkter subregionaler Handel sollte deshalb komplementär zum Nord-Süd-Handel sein und nicht als Substitut dafür gedacht werden.

Die neuere Entwicklung im Andenraum gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß mehr Handelsumlenkung betrieben werden soll, und zwar unter der Rubrik "neue Handelsformen". Richten nämlich die Andenländer ihre Exportkraft vorwiegend auf den subregionalen Binnenmarkt, so verbleibt diesen Ländern wenig Spielraum, um die für die notwendigen Einfuhren aus Industrieländern benötigten Devisen zu erwirtschaften. Durch die Einrichtung von Verrechnungs- und Clearingsystemen für diese "neuen Handelsformen", in der (falschen) Hoffnung, Devisen "sparen" zu können, wird nicht nur der Nord-Süd-Handel erschwert, sondern langfristig die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern eher geschwächt.

Solange, wie die hohe Protektion und die Strategie der Importsubstitution, sei es auf nationaler oder auf subregionaler Ebene, beibehalten werden, sehen die Chancen für eine stärkere Teilnahme der Andenpaktländer an der internationalen Arbeitsteilung nicht gut aus. Daran könnte die häufig empfohlene Offensive auf dem Gebiet der Handelspräferenzen für Andenpakt-ausfuhren, beispielsweise in der EG oder in die Vereinigten Staaten, wenig ändern. Der Beitrag von Handelspräferenzen an der Exportexpansion in Entwicklungsländern wird nämlich in der Literatur übereinstimmend als nicht ausreichend beurteilt (*Nicolaidis* 1985). Dort, wo sie nachweislich Handelsströme zustande gebracht haben, ist der Verdacht, daß es sich dabei um eine weitere Form von Handelsumlenkung handelt, bislang nicht entkräftet worden (*Pomfret* 1986).

IV. Schlußfolgerungen

Der Andenpakt stellt eine der anspruchsvollsten Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern dar. Er hat deshalb nicht nur bei den Mitgliedsländern, sondern auch in den übrigen Entwicklungsländern große Hoffnungen geweckt. Die Bestandsaufnahme der bisherigen Integrationserfahrungen auf den Gebieten der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und der Errichtung einer Zollunion zeigt, daß diese Hoffnungen nicht erfüllt wurden.

Daß die Ziele des Andenpakts nicht erreicht werden konnten, lag daran, daß Integration und binnenmarktorientierte Industrialisierung bei hohem Protektionsniveau inkompatibel sind. Die Bereitschaft zu einer Öffnung der Andenländer war nicht einmal gegenüber den übrigen Mitgliedsländern vorhanden. Dahinter steht vielfach die Befürchtung, daß jede Öffnung mit wirtschaftspolitischen Reformen verbunden ist, die aus der Sicht der Branchen,

die mit Importen konkurrieren, Wohlfahrtsverluste verursachen können. Bei dieser einseitigen Argumentation wird jedoch übersehen, daß der Preis, den diese Länder für den hohen Schutz ihrer importkonkurrierenden Industrie bezahlen, ihre geringe Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern ist: die Protektion wirkt wie eine Steuer auf die eigene Exportwirtschaft.

Für eine erfolgreiche Wiederbelebung des Andenpakts müßte

- die Wirtschaftspolitik in den Andenländern auf Stabilitäts- und Liberalisierungskurs gebracht werden,
- die tarifäre und vor allem nicht-tarifäre Protektion sowohl gegenüber den Mitgliedsländern als auch gegenüber Drittländern abgebaut werden und
- die Binnenorientierung der Andenpaktländer aufgegeben werden.

Eine Orientierung nach außen würde den Andenländern bei der Anpassung an den weltwirtschaftlichen Strukturwandel helfen und die Vorbedingungen für eine stärkere Einbeziehung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung darstellen. Folgt eine solche außenwirtschaftliche Offensive dem Vorbild einiger südostasiatischer Entwicklungsländer, indem neue Exportmärkte erobert werden, so wachsen die Chancen für eine nicht-wohlstandsgefährdende Lösung des Verschuldungsproblems.

Das Änderungsprotokoll zum Vertrag von Cartagena enthält keine Alternativen, um aus der andauernden Krise des Andenpakts herausfinden zu können. Im Gegenteil, es stellt einen weiteren Versuch dar, Anpassungen jeglicher Art zu vermeiden. Daß Protektion und graduelle Reformen auf die Dauer weit höhere soziale Kosten verursachen als Liberalisierung und durchgreifende Reformen, ist dabei außer acht gelassen worden.

Tabellenanhang

Tabelle A 1 - Andenpaktländer: Handelsbilanz und realer Wechselkurs 1970-1985

Jahr	Bolivien		Ecuador		Kolumbien		Peru		Venezuela	
	RWK ^a	HBS ^b	RWK ^a	HBS ^b	RWK ^a	HBS ^b	RWK ^a	HBS ^b	RWK ^a	HBS ^b
1970	-	31	-	-84	-	-107	-	426	-	979
1971	3,1	11	13,2	-141	1,9	-239	-2,2	140	0	971
1972	5,1	28	-3,2	7	1,7	7	-3,3	148	0,5	506
1973	26,9	31	-0,1	135	0,8	115	3,1	26	5,9	1752
1974	-30,8	190	-3,7	446	5,3	-180	1,8	20	9,0	6843
1975	-0,3	-130	-5,4	-13	5,3	-30	2,6	-1063	-0,8	2869
1976	0,4	-28	-5,6	300	-2,2	37	16,2	-650	-2,7	2447
1977	-0,2	48	-6,4	247	-16,9	415	20,2	-98	-1,7	-1698
1978	-3,5	-142	-3,3	52	-2,8	202	17,8	464	0,8	-3017
1979	-4,0	-80	1,9	504	-1,7	67	-12,9	1914	0	3126
1980	-6,9	109	1,0	168	0,1	-718	-4,4	736	-6,2	6266
1981	-16,7	-63	-6,5	205	-1,4	-2243	-3,3	-553	-6,3	7019
1982	13,3	250	5,2	140	-3,7	-2383	19,2	-428	-7,1	3555
1983	-1,2	166	0,3	759	4,0	-1887	9,5	293	-4,6	6450
1984	-29,3	233	10,0	868	11,9	-1036	20,0	1007	39,9	6377
1985	47,3	72	-14,3	1298	12,5	-589	-7,7	1098	-4,6	4304

^a Realer Wechselkurs = nominaler Wechselkurs deflationiert mit dem jeweiligen Verbraucherpreisindex (1980 = 100) und gewogen mit dem Großhandelspreisindex der USA (1980 = 100); jährliche Veränderungen.

^b Handelsbilanzsaldo in Mill. US-Dollar zu laufenden Preisen.

Quelle: IMF; - eigene Berechnungen.

Tabelle A 2 - Durchschnittlicher Zollschatz gegenüber Drittländern in den Andenpahtländern, nach Sektionen der Brüsseler Nomenklatur 1981

Sektion	Anzahl der Zolltarifpositionen	Durchschnittliche Zölle ^a (vH)				
		Bolivien	Ecuador	Kolumbien	Peru	Venezuela
I Lebende Tiere	138	27,1	46,5	25,7	32,7	36,1
II Pflanzliche Produkte	232	19,3	45,7	23,3	36,8	29,6
III Fette und Öle	85	8,8	36,4	24,7	31,7	64,7
IV Nahrungsmittel, Tabak	208	33,6	103,6	44,6	53,8	65,8
V Mineralien	155	19,0	10,6	17,1	19,4	13,0
VI Chemische Produkte	1305	13,4	12,0	24,2	24,6	17,6
VII Kautschuk	155	21,7	32,3	36,8	36,1	48,0
VIII Häute, Leder	58	48,9	57,7	38,5	51,4	60,5
IX Holz, Korken	79	46,2	51,2	40,3	37,5	53,7
X Papier	138	20,2	37,1	32,9	40,4	50,0
XI Textilprodukte	381	21,3	62,2	63,4	53,4	74,8
XII Schuhe	31	50,4	81,6	56,8	60,6	55,9
XIII Steine, Erden	135	29,4	40,5	35,2	43,3	49,2
XIV Edelsteine und -metalle	36	38,3	21,3	40,5	42,8	41,1
XV Metallprodukte	476	20,8	28,0	34,7	34,3	28,5
XVI Maschinen	780	15,9	20,8	30,9	33,1	16,1
XVII Fahrzeuge	127	11,7	24,3	34,8	27,0	23,0
XVIII Instrumente	271	28,3	31,1	29,1	36,7	9,5
XIX Waffen	20	34,4	66,5	56,3	40,7	35,8
XX Sonstige	102	38,2	67,7	43,9	51,4	47,7
XXI Kunst	6	3,0	0,0	6,5	11,0	1,0
Insgesamt ^b	4918	20,4	32,6	32,1	34,6	31,0
Variationskoeffizient		2,0	1,7	2,7	3,2	2,0

^a Ungewogene Durchschnitte:

^b Länderdurchschnitte, gewogen mit der Anzahl von Zolltarifpositionen.

Quelle: JUNAC (1982b); - eigene Berechnungen.

Tabelle A 3 - Ausgewählte nicht-tarifäre Maßnahmen in den Andenpaktländern (Stand: Ende der siebziger Jahre)

Maßnahme	Land				
	Bolivien	Ecuador	Kolumbien	Peru	Venezuela
Bardepotpflicht	nein	nein	ja	nein	nein
Importmeldepflicht	nein	ja	ja	ja	nein
Allgemeine Nebenabgaben	nein	nein	nein	ja	ja
Konsulargebühren	ja	ja	ja	ja	nein
Spezifische Abgaben	ja	ja	ja	ja	ja
Multiple Wechselkurse	ja	ja	ja	ja	ja
Importverbote	ja	ja	nein	ja	ja
Importlizenz	ja	nein	nein	ja	ja
Regionale Förderung	ja	ja	ja	ja	nein
Kontingente	nein	nein	nein	ja	ja
Staatliche Handelsmonopole	ja	ja	ja	ja	ja
Gesundheitsvorschriften	ja	ja	ja	ja	ja
Devisenbewirtschaftung	ja	ja	ja	ja	nein
Steuerrückerstattung	ja	ja	ja	ja	ja
Kreditsubventionen	ja	ja	ja	ja	ja

Quelle: INTAL (verschiedene Jahrgänge); eigene Zusammenstellung.

Tabelle A 4 - Andenpakt: Zollsenkungsprogramme für den intrasubregionalen Handel (Stand: 1981)

Liste	Anzahl der Zolltarif- positionen ^a	Bedeutung (vH)
1. Gemeinsame Liste	131	3
2. Lineare Zollsenkungen	3163	62
3. Nicht erzeugte Produkte ^b	875	17
4. Industrielle Programme	955	19
davon: Maschinenbau	267	5
Petrochemie	161	3
Kraftfahrzeuge	418	8
Eisen und Stahl	109	2
Insgesamt	5124	101

^a Nach Nabandina;

^b Produkte, die für künftige industrielle Programme vorgesehen sind.

Quelle: JUNAC (1982b).

*Tabelle A 5 - Ausnahmeregelungen^a zum Zollsenkungsprogramm des An-
denpakts 1981*

BTN-Sektion		Land					Ausnahmen insgesamt	
		Boli- vien	Ecua- dor	Kolum- bien	Peru	Vene- zuela	Abs.	vH
I	Lebende Tiere	14	0	0	0	13	27	0,1
II	Pflanzliche Produkte	8	3	2	0	14	27	0,1
III	Fette und Öle	4	17	1	1	16	39	1,4
IV	Nahrungsmittel, Tabak	20	40	6	9	43	118	4,3
V	Mineralien	5	7	0	10	0	22	0,8
VI	Chemische Produkte	186	84	12	47	30	359	13,0
VII	Kautschuk	50	59	5	21	6	141	5,1
VIII	Häute, Leder	4	6	0	18	13	41	1,5
IX	Holz, Korken	1	1	0	6	9	17	0,6
X	Papier	27	70	0	23	6	126	4,6
XI	Textilprodukte	191	118	88	174	187	758	27,4
XII	Schuhe	16	11	0	4	6	37	1,3
XIII	Steine, Erden	29	43	4	23	6	105	3,8
XIV	Edelsteine und -metalle	0	3	5	0	0	8	0,3
XV	Metallprodukte	102	130	72	120	0	424	15,3
XVI	Maschinen	108	192	44	82	0	426	15,4
XVII	Fahrzeuge	1	10	0	1	0	12	0,4
XVIII	Instrumente	15	16	0	4	7	42	1,5
XIX	Waffen	0	0	0	0	0	0	-
XX	Sonstige	19	8	0	0	14	41	1,5
XXI	Kunst	0	0	0	0	0	0	-
Ausnahmen insgesamt ^b		800	239	818	543	370	27770	100

^a Anzahl der Zolltarifpositionen nach Nabandina, die in jeder BTN-Sektion von Zollsenkungen ausgenommen sind.

Quelle: JUNAC (1982b); - eigene Berechnungen.

Anmerkungen

- 1 Zunächst wurde der Vertrag von Cartagena von Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru unterzeichnet. Später (1973) kam Venezuela hinzu; Chile trat im Jahr 1976 aus dem Andenpakt aus.
- 2 Abweichungen des durchschnittlichen Zollschatzes gegenüber den Andenpaktländern vom durchschnittlichen Zollschatz gegenüber Drittländern in vH des letzteren.
- 3 Es handelt sich um Nahrungsmittel, Textilprodukte, Holzprodukte, chemische Produkte, Steine und Erden, Eisen- und Stahlprodukte sowie Maschinen und sonstige Metallprodukte (Tabelle 8).
- 4 Eine vollständige Bilanz müßte sich auch auf dynamische Integrationseffekte erstrecken. Mit solchen Effekten kann gerechnet werden, wenn es infolge von Handelschaffung zu Skalenerträgen, Lerneffekten oder zu anderen, effizienzsteigernden Wirkungen kommt, die sich letztlich in den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, des Pro-Kopf-Einkommens und der Exporte niederschlagen. In dieser Arbeit ist von der Schätzung dynamischer Effekte abgesehen worden, da der Untersuchungszeitraum (1970-1980) viel zu kurz ist, um statistisch aussagefähige Ergebnisse zu erhalten.

Literaturverzeichnis

- Balassa, B.* (1967), Trade Creation and Trade Diversion in the European Common Market, *Economic Journal*, 77, 1-21.
- Donges, J.B. / Hiemenz, U.* (1985), Export Liberalization and the Outward-Oriented Trade Regime, Kieler Arbeitspapiere Nr. 241.
- Donges, J.B. / Fels, G. / Neu, A. u.a.* (1973), Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, Kieler Studien Nr. 123, Tübingen.
- Foders, F.* (1987a), Handelspolitik und weltwirtschaftliche Integration von Entwicklungsländern. Das Beispiel Argentiniens, Brasiliens und Jamaikas, München.
- Foders, F.* (1987b), Resisting Orthodoxy in a Highly Distorted Economy: Economic Policy in Peru, Kieler Arbeitspapiere Nr. 303.
- Havrylyshyn, O. / Alikhani, I.* (1982), Protection Level and Policies in Developing and Industrial Countries. Annotated Bibliography and Data Bank Summary, International Trade Division, Economic Analysis and Projections Department, The World Bank, Manuskript, Washington, August 1982, revidierte Fassung vom November 1982.
- International Monetary Fund (IMF)*, International Financial Statistics (Computer Tapes).
- Instituto Para La Integracion de América Latina (INTAL)*, Integración Latina americana, verschiedene Jahrgänge.

- Junta del Acuerdo de Cartagena (JUNAC)* (1982a), Comercio Exterior 1970-1980, Lima 1982.
- JUNAC* (1982b), El Mercado Ampliado, Lima.
- Langhammer, R.J. / Spinanger, D.* (1984), Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern. Chancen und Risiken, Kieler Studien Nr. 190, Tübingen.
- Nikolaides, P.* (1985), Preferences for Developing Countries: A Critique, *Journal of World Trade Law*, 19, 373-386.
- Pomfret, R.* (1986), The Trade-Diverting Bias of Preferential Trading Arrangements, *Journal of Common Market Studies*, 25, 109-117.
- Sachs, J.* (1977), The Bolivian Hyperinflation and Stabilization, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 77, 279-283.
- UNCTAD*(1985), Summary Data Sheets on Trade Control Measures of the Countries Members of the Group of 77 Participating in the GSTP Negotiations, *Trade Information System, Technical Note*.
- World Bank* (1983), Peru, The Manufacturing Sector: Performance and Policy Issues, Washington.